GESELLSCHAFTSVERTRAG

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft führt die Firma
Technische Dienste Heidenau GmbH
2. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Heidenau.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens sind
 - die Erzeugung, Verteilung und Fortleitung von Wärme und anderen Energieträgern für Heidenau und Umgebung.
 - die Errichtung und Verwaltung technischer Anlagen aller Art sowie Dienstleistungen, die hiermit im Zusammenhang stehen.
 - alle im Bereich der Infrastruktur anfallenden Aufgaben.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die geeignet sind, den Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern.
- ~~3. Geschäftsbereich der Gesellschaft ist das Gebiet der Stadt Heidenau und Umgebung.~~

§ 3

Stammkapital und Stammeinlagen

1. Das Stammkapital beträgt EUR 160.000. Das Stammkapital ist in Geld zu leisten.
2. Auf dieses Stammkapital hat die WVH Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH - WVH - als alleinige Gesellschafterin eine Stammeinlage von EUR 160.000 übernommen.

§ 4 Geschäftsführer

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Geschäftsführer werden durch Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen.
3. Die Geschäftsführer dürfen ohne Zustimmung der Gesellschafterversammlung weder ein Handelsgewerbe betreiben noch im Geschäftszweig der Gesellschaft für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen. Sie dürfen ohne Einwilligung auch nicht Mitglied des Vorstandes oder Geschäftsführer oder persönlich haftender Gesellschafter einer anderen Handelsgesellschaft sein. Die Einwilligung der Gesellschafter kann nur für bestimmte Handelsgewerbe oder Handelsgesellschaften oder für bestimmte Arten von Geschäften erteilt werden.
4. Verstößt ein Geschäftsführer gegen dieses Verbot, so kann die Gesellschaft Schadenersatz fordern. Sie kann statt dessen von dem Geschäftsführer verlangen, dass er die für eigene Rechnung gemachten Geschäfte als für Rechnung der Gesellschaft eingegangen gelten lässt und die aus Geschäften für fremde Rechnung bezogene Vergütung herausgibt oder seinen Anspruch auf die Vergütung abtritt.
5. Die Ansprüche der Gesellschaft verjähren in drei Monaten seit dem Zeitpunkt, in dem die übrigen Geschäftsführer oder die Gesellschafter~~in~~ von der zum Schadenersatz verpflichtenden Handlung Kenntnis erlangen. Sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in fünf Jahren seit ihrer Entstehung.

§ 5 Geschäftsführung

1. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafter~~versammlung~~ zu führen. Beschließt die Gesellschafter~~in~~ mit ~~einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen~~ eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, ist diese von den Geschäftsführern ebenfalls zu beachten.
2. Die Geschäftsführer haben den~~er~~ Gesellschafter~~in~~~~versammlung~~ regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten.

~~3. Die Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss für folgende Geschäftsführungshandlungen:~~

~~a) die Festlegung des jährlichen Rahmenplanes für die geschäftlichen Aktivitäten der Gesellschaft einschließlich der dafür jeweils erforderlichen Finanzierungsmaßnahmen wie Kreditaufnahmen, Belastung von Grundstücken und Inanspruchnahme von Fördermitteln. Wesentliche Planänderungen bedürfen ebenfalls der Zustimmung der Gesellschafter. Über Planabweichung ist ihnen zu berichten.~~

~~b) die Aufnahmen von Krediten und die Belastung von Grundstücken außerhalb des nach Buchstabe a) festgelegten Rahmens sowie die Aufnahme allgemeiner Betriebsmittelkredite über eine Kreditlinie von insgesamt EUR 50.000 hinaus und die Eingehung von Wechselverbindlichkeiten.~~

~~e) Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Haftungen für Dritte, sofern dies über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgeht.~~

~~d) der Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Rechten an Grundstücken.~~

~~e) die Aufnahme neuer Geschäftstätigkeiten und Errichtung von Zweigniederlassungen sowie die teilweise oder vollständige Aufgabe bisheriger Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft und die Schließung von Zweigniederlassungen.~~

~~f) der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen, Betrieben und Teilbetrieben.~~

~~g) der Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen.~~

~~h) die Erteilung und Entzug von Prokuren und Handlungsvollmachten.~~

~~i) der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen, die eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist oder eine Gewinn- oder Umsatzbeteiligung oder eine jährliche Vergütung von mehr als EUR 35.000,00 vorsehen.~~

~~j) der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Verträgen, die eine Laufzeit von mehr als drei Jahren vorsehen oder jährliche Verpflichtungen der Gesellschaft von mehr als EUR 50.000,00 begründen. Ausgenommen sind Dienstverträge.~~

~~k) alle Geschäfte und Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgehen oder durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungsbedürftig erklärt werden.~~

~~Gesellschafterbeschlüsse, durch die Geschäftsführungshandlungen im Sinne der Buchstaben a) bis j) zugestimmt wird, bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.~~

§ 6

Vertretung

1. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer allein vertreten, wenn er alleiniger Geschäftsführer ist oder ~~durch~~ die Gesellschafter~~in~~ ihn zur Alleinvertretung ermächtigt ~~haben~~ hat. Im übrigen wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.
2. Die Gesellschafter~~in~~ können kann einen Geschäftsführer durch Beschluss von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

§ 7

Gesellschafterversammlung

1. Der ausschließlichen Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung unterliegen nach Mitwirkung des Aufsichtsrates der Gesellschafterin:
 - a) die Festlegung des jährlichen Rahmenplanes für die geschäftlichen Aktivitäten der Gesellschaft einschließlich der dafür jeweils erforderlichen Finanzierungsmaßnahmen wie Kreditaufnahmen, Belastung von Grundstücken und Inanspruchnahme von Fördermitteln. Wesentliche Planänderungen bedürfen ebenfalls der Zustimmung der Gesellschafter. Über Planabweichung ist ihnen zu berichten.
 - b) die Errichtung und Übernahme von Unternehmen durch die Gesellschaft,
 - c) die Beteiligung der Gesellschaft an einem anderen Unternehmen,
 - d) die Veräußerung von Beteiligungen der Technischen Dienste Heidenau GmbH an einem anderen Unternehmen durch die Gesellschaft,
 - e) Änderungen des Gesellschaftervertrages,
 - f) die Wahl des Abschlussprüfers,
 - g) die Entlastung der Geschäftsführung,

- h) die wesentliche Veränderung des Unternehmensgegenstandes oder des Unternehmenszwecks, wobei hierzu insbesondere die Erschließung neuer Geschäftsfelder zählt,
- i) eine Umstrukturierung oder Erweiterung der Gesellschaft, wenn dies eine Veränderung des Anlagevermögens von mindestens 20 % zur Folge hat,
- j) die Aufnahme von Krediten, soweit die einzelne Kreditsumme einen Betrag von 150.000 EUR übersteigt oder mit dem aufzunehmenden Kredit für das jeweilige Geschäftsjahr eine Gesamtkreditsumme von 300.000 EUR überschritten wird,
- k) den Erwerb und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden, soweit im Einzelfall ein Wert von 150.000 EUR überschritten wird,
- l) die Bestellung von Sicherheiten, Übernahme von Bürgschaften und von Verpflichtungen aus Gewährverträgen und den Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte, soweit sie im Einzelfall einen Betrag von 150.000 EUR übersteigen,
- m) die sonstige Verfügung über Vermögen der Gesellschaft, soweit ein Betrag von 150.000 EUR für den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang überschritten wird oder soweit bei Verträgen mit unbefristeter Laufzeit oder bei nicht absehbarer Vertragsdauer ein Vertragswert, der sich aus der monatlichen Zahlung multipliziert mit 48 ergibt, von 150.000 EUR überschritten wird; ausgenommen sind Wärmelieferverträge und damit im Zusammenhang stehende Energielieferverträge.
- n) Abweichend von lit. m) der Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Dienstverträgen, die eine längere als die gesetzliche Kündigungsfrist oder eine Gewinn- oder Umsatzbeteiligung oder eine jährliche Vergütung von mehr als 35.000 EUR, vorsehen.
- o) Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsführung.

1. 2. Gesellschafterversammlungen werden durch die Geschäftsführer einberufen. Jeder Geschäftsführer ist allein zur Einberufung berechtigt. Die Tagesordnung legt der Geschäftsführer fest.

2. 3. Die Einberufung erfolgt durch eingeschriebenen Brief an ~~jeden~~ die Gesellschafterin unter Angabe von Ort, Tag, Zeit und Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen bei ordentlichen Gesellschafterversammlungen und von mindestens einer Woche bei außerordentlichen Gesellschafterversammlungen. Der Lauf der Frist beginnt mit dem der Aufgabe zur Post folgenden Tag. Der Tag der Versammlung wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgezählt.

3. 4. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung hat mindestens einmal jährlich binnen ~~aecht~~ zehn Monaten nach Ablauf des vergangenen Geschäftsjahres stattzufinden.

- ~~4. 5.~~ Eine außerordentliche Gesellschafterversammlung muss außer in den gesetzlich vorgesehenen Fällen unverzüglich einberufen werden, wenn ein Geschäftsführer abberufen werden soll.
- ~~5. 6.~~ Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft ~~von der Mehrheit der Gesellschafter festgelegten anderen Ort~~ statt. ~~Die Versammlung wählt mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden, der die Versammlung leitet.~~
- ~~6.~~ ~~Die Vertretung eines Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist nur zulässig aufgrund schriftlicher Vollmacht. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, zu der Gesellschafterversammlung einen beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Beistand beizuziehen und die Teilnahme einzelner oder aller Geschäftsführer an der Gesellschafterversammlung zu verlangen.~~
- ~~7.~~ ~~Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 75 % des Stammkapitals vertreten sind. Sind weniger als 75 % des Stammkapitals vertreten, so ist unter Beachtung von Abs. 2 unverzüglich eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig, sofern darauf in der Einberufung hingewiesen wird.~~
- ~~8.~~ ~~Sind sämtliche Gesellschafter anwesend oder ordnungsgemäß vertreten und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch dann gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.~~

§ 8

Gesellschafterbeschlüsse

1. Die Beschlüsse der Gesellschafter~~in~~ werden in Gesellschafterversammlungen gefasst. ~~Außerhalb von Versammlungen können Gesellschafterbeschlüsse, soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt, auch durch schriftliche, fernschriftliche, telegrafische oder mündliche, auch fernmündliche Abstimmung gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit dieser Form der Abstimmung einverstanden erklären.~~
- ~~2.~~ ~~Beschlüsse der Gesellschafter werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsehen. Bei der Abstimmung gewähren je EUR 500 eines Geschäftsanteils eine Stimme. Stimmenthaltungen zählen als Nein-Stimmen.~~

2. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden.
Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der Gesellschafterversammlung in der in § 7 Abs. ~~2~~ 3 festgesetzten Form bekannt geworden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführung. Zur Beschlussfassung über die Leitung der Versammlung oder über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung.
3. Über alle Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen, die den Tag und die Form der Beschlussfassung und den Inhalt des Beschlusses ~~und die Stimmabgaben~~ anzugeben hat. ~~Hierzu bestimmen die Gesellschafter, sofern nicht eine notarielle Niederschrift erfolgt, einen Schriftführer.~~ Die Niederschrift ist jedem der Gesellschafterin abschriftlich unverzüglich zuzusenden.

~~6. Eine Anfechtung von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung ist nur durch Klageerhebung binnen eines Monats nach dem Tag der Zustellung der Niederschrift über den Beschluss möglich.~~

§ 9 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 10 Wirtschaftsplan, Jahresabschluss, Prüfung und Ergebnisverwendung

- ~~1. Die Geschäftsführer haben nach Ablauf des Geschäftsjahres einen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Jahresabschluss und einen Lagebericht aufzustellen.~~
- ~~2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen.~~
 1. Die Geschäftsführung stellt in entsprechender Anwendung des sächsischen Eigenbetriebsgesetzes für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschaftsplan auf. Der Wirtschaftsführung ist eine 5-jährige Finanzplanung zu Grunde zu legen.
 2. Der Wirtschaftsplan und der Finanzplan sowie wesentliche Abweichungen hiervon sind der Stadt Heidenau als Gesellschafterin der WVH Wohnungsbau- und

Wohnungsverwaltungsgesellschaft Heidenau mbH und der Gesellschafterin unverzüglich zur Kenntnis zu geben.

3. In entsprechender Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches ist ein Jahresabschluss und ein Lagebericht aufzustellen und zu prüfen, sofern nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten. Der Jahresabschluss und der Lagebericht haben die Angaben zu enthalten, die nach § 99 Abs. 2 Sächsische Gemeindeordnung für die Erstellung des Beteiligungsberichtes notwendig sind.
4. Die Abschlussprüfung wird im Umfang des § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes – HGrG – durchgeführt.
5. Die örtlichen und überörtlichen Prüfungsbehörden der Gesellschafterin der WVH Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaft Heidenau mbH können die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens prüfen.
- 3.6. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers ~~Vorlage des Jahresabschlusses und des Berichtes des Abschlussprüfers~~ einen Vorschlag zur Gewinnverwendung unverzüglich nach dessen Eingang ~~des Prüfungsberichtes~~ den der Gesellschafterin, der Stadt Heidenau als Gesellschafterin der WVH Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaft Heidenau mbH und der Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Heidenau unverzüglich vorzulegen. Der Gesellschafterin ist zugleich ein Vorschlag zur Gewinnverwendung zu unterbreiten.

§ 11

Dauer der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft nimmt ihre Tätigkeit zum 01.01.1996 auf.
2. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

§ 12

Bekanntmachungen

~~Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.~~

~~§ 13-12~~

Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen ~~Gesellschaftern oder~~ der Gesellschaft und ~~der~~ Gesellschafter~~in~~ bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

~~§ 14 13~~

Gründungskosten

Die Gesellschaft trägt die mit ihrer Gründung verbundenen Kosten, der Eintragung und der Bekanntmachung bis zu einem Gesamtbetrag von DM 7.000,00.

~~§ 15~~

~~Erfüllungsort und Gerichtsstand~~

~~1. — Erfüllungsort für alle sich aus diesem Gesellschaftervertrag ergebenden Verpflichtungen ist Heidenau als Sitz der Gesellschaft.~~

~~2. — Örtlich zuständig für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist, soweit dies zulässig erweise vereinbart werden kann, das für den Sitz der Gesellschaft zuständige ordentliche Gericht.~~

~~§ 16 14~~

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder der Vertrag Regelungslücken enthalten, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Gesellschafter~~in sind~~ **ist** verpflichtet, an Stelle der unwirksamen oder fehlenden Bestimmungen in notarieller Form eine dem Vertragsgedanken entsprechende Neuregelung zu treffen. Sofern eine Neuregelung nicht erfolgt, gelten die für die entsprechende Regelungslücke bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.